

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 24 | 17.06.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 42/2016](#)

Kundmachung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über den **Zeitpunkt des Inkrafttretens der Durchführungsrechtsakte zur Verordnung (EU) Nr. 165/2014**

[BGBl I 43/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das Unternehmensgesetzbuch, das Aktiengesetz, das GmbH-Gesetz, das SE-Gesetz, das Genossenschaftsgesetz, das Genossenschaftsrevisionsgesetz 1997, das SCE-Gesetz, das Bankwesengesetz, das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016, das Sparkassengesetz, das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Unternehmensreorganisationsgesetz, die Insolvenzordnung und das Bundesministeriengesetz 1986 geändert werden (**Abschlussprüfungsrechts-Änderungsgesetz 2016** – APRÄG 2016) (Stärkung der Unabhängigkeit der Abschlussprüfer; Stärkung der Rolle des Prüfungsausschusses)

[BGBl I 44/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Gesetz zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping (**Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz** – LSD-BG) erlassen wird und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, das Landarbeitsgesetz 1984, das Arbeitsinspektionsgesetz 1993, das Heimarbeitsgesetz 1960, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Betriebspensionengesetz, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden (grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Behörden und Stellen anderer Staaten; Auftraggeberhaftung im Baubereich; Erweiterung der Ausnahmetatbestände für den Anwendungsbereich des LSD-BG)

[BGBl I 45/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz über die Förderung von Handwerkerleistungen** geändert wird (Bekämpfung der Schwarzarbeit und Stärkung der redlichen Wirtschaft)

[BGBl I 46/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Katastrophenfondsgesetz 1996** und das **Hagelversicherungs-Förderungsgesetz** geändert werden (Erweiterung der derzeitigen öffentlichen Prämienzuschüsse für Hagel und Frost auf weitere wesentliche Elementarversicherungsprämien für Schäden nach ungünstigen Witterungsverhältnissen; Streichung der Frist für die Antragstellung bezüglich Schäden im Vermögen Privater)

[BGBl I 47/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Weingesetz 2009** geändert wird (Integration des Ausbruchweins in die Kategorie „Trockenbeerenauslese“ und Schaffung eines Vorbehalts der Bezeichnung „Ausbruch“ für Prädikatsweine, die aus der Freistadt Rust stammen; Änderung der Vorschriften über Weinbaugebiete, Großlagen, Gemeinden und Rieden; Erhöhung des Hektarhöchstetrags nach Umstellung des Rebflächenverzeichnisses auf INVEKOS-Basis von 9000 kg auf 10000 kg; Klarstellung, dass das Rebflächen Verzeichnis in Zukunft nicht von der Bundeskellereinspektion, sondern von den für die Katasterführung zuständigen Landesstellen auf Grundlage und unter Beachtung der inhaltlichen Anforderungen des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems geführt werden soll)

[BGBl II 138/2016 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Übermittlung von Meldedaten an die Oesterreichische Nationalbank unter Anwendung eines Datenmodells (**Datenmodellverordnung 2016**)

[BGBl II 139/2016 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über **die Statistik der betrieblichen Bildung**

[BGBl II 141/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit, mit der die Österreichische Arzneitaxe geändert wird (**133. Änderung der Arzneitaxe**)

[BGBl II 147/2016](#)

Verordnung der Bundesregierung über die Sprengel der Bezirksgerichte in Niederösterreich (**Bezirksgerichte-Verordnung Niederösterreich 2016**)

[BGBl II 149/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **Betreuungseinrichtungen-Betreuungsverordnung 2005** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 154 v 11.06.2016, 1](#)

Beschluss (EU) 2016/920 des Rates vom 20. Mai 2016 über die Unterzeichnung — im Namen der Europäischen Union — des **Abkommens** zwischen den **Vereinigten Staaten von Amerika** und der **Europäischen Union** über den **Schutz personenbezogener Daten** bei der Verhütung, Untersuchung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten

[ABI L 157 v 15.06.2016, 1](#)

Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den **Schutz vertraulichen Know-hows** und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor **rechtswidrigem Erwerb** sowie rechtswidriger **Nutzung und Offenlegung**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2016, [WI 22/2015](#)

Wr GemeindevahlO; Stattgabe der **Wahlanfechtung** und Aufhebung der **Bezirksvertretungswahl im 2. Wiener Gemeindebezirk** vom Oktober 2015; **Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens** betreffend die mittels Briefwahl abgegebenen Stimmen österreichischer Staatsbürger in der Leopoldstadt angesichts der Differenz zwischen den in die Ergebnisermittlung einbezogenen Wahlkarten und den abgegebenen Stimmen; möglicher Einfluss der festgestellten Rechtswidrigkeit auf das Wahlergebnis; eingeschränkte Aufhebung der Wahl im „Briefwahlsprengel“ nicht möglich

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 26.04.2016, [Ra 2016/03/0043](#)

VwGVG; eine Beschwerde gegen einen Bescheid, mit dem der **Antrag auf Parteistellung** in einem Verfahren zur Genehmigung einer Luftfahrtveranstaltung zurückgewiesen wurde, ist vom VwG mangels **Rechtsschutzinteresses** zurückzuweisen, wenn im Zeitpunkt der Einbringung der Beschwerde der Zeitraum, für den die luftfahrtrechtliche Bewilligung erteilt worden war, schon verstrichen ist und die Bf in ihrer Beschwerde nicht darlegen, warum sie ungeachtet dessen von einem fortbestehenden Rechtsschutzinteresse an der Klärung ihrer Parteistellung ausgehen

VwGH 18.05.2016, [Ra 2015/04/0053](#)

GewO; gewerberechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb eines Lager- und Bürogebäudes; div Nachbareinwendungen; mangelhafte **Begründung** des aufgrund der Nachbarbeschwerde ergangenen **VwG-Erkenntnisses**; es bedürfte jedenfalls sachverständiger Ausführungen dazu, warum nach dem Stand der Technik und der Wissenschaften angesichts der mittels Berechnung erzielten **Lärmemissionswerte** ein Messergebnis, das hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit der Betriebsanlage zu einer abweichenden Beurteilung führen könnte, ausgeschlossen werden kann

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 30.05.2016, [LVwG-550707](#)

Oö NaturschutzG; Antrag auf Naturschutzrechtliche Bewilligung eines Yachthafens; die **Errichtung eines Bootshafens**, durch den eine Wiesenlandschaft auf einer Fläche von 2.200 m² ersetzt werden soll, ist als eine **maßgebliche Veränderung des Landschaftsbilds iSd § 9 Oö NaturschutzG** anzusehen, wobei es nicht darauf ankommt, ob diese Veränderung im Ergebnis als positiv bzw negativ, als störend oder Ähnliches zu bewerten ist

LVwG Oö 13.06.2016, [LVwG-410609](#)

VwGVG; gem § 63 Abs 1 VwGG sind VwG verpflichtet, dann, wenn der VwGH einer Revision stattgegeben hat, in der betreffenden Rechtssache unverzüglich den der Rechtsanschauung des VwGH entsprechenden Rechtszustand herzustellen; eine vergleichbar ausdrückliche Anordnung enthält **§ 34 Abs 3 VwGVG** zwar nicht; allerdings ergibt sich aus der Zielrichtung dieser Bestimmung iVm Art 133 Abs 4 B VG im Ergebnis eine dem § 63 Abs 1 vergleichbare „**Quasi**“-**Bindungswirkung für ausgesetzte Verfahren**

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Sbg 22.10.2015, [LVwG-10/353/6-2015](#)

GlücksspielG; keine Gemeinschaftsrechtswidrigkeit durch die **Beschränkungen der Glücksspieltätigkeiten** bei Gesamtwürdigung aller in diesem Verfahren hervorgekommenen Umstände; die von der österreichischen Regelung vorgesehenen Beschränkungen verfolgen vom EuGH anerkannte Gründe des **Allgemeininteresses** und sind geeignet, diese zu erreichen

LVwG Wien 05.04.2016, [VGW-021/054/307/2015](#)

TabakG; ggst erfolgt durch die bloße **Nennung des Tabakunternehmens als Produktionssponsor** durch den unterstützten Kulturbetrieb auf deren Homepage **keine** eigenständige, durch § 11 Abs 1 des TabakG verpönte (indirekte) **Werbung für Tabakerzeugnisse**; die Nennung der Sponsoren einer Aufführung eines Kulturbetriebs oder einer Veranstaltung ist die übliche und von Sponsoren auch ohne konkrete Vereinbarung erwartete Gegenleistung für die Sponsortätigkeit

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[14.06.2016, Rs C-263/14, Parlament / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – Beschluss 2014/198/GASP – **Abkommen** zwischen der Europäischen Union und der **Vereinigten Republik Tansania** über die Bedingungen für die **Überstellung mutmaßlicher Seeräuber** sowie die Übergabe von damit in Verbindung stehenden **beschlagnahmten Gütern** durch die **EU-geführte Seestreitkraft** an die Vereinigte Republik Tansania – **Wahl der Rechtsgrundlage** – Pflicht, das Europäische Parlament in allen Phasen des Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss internationaler Übereinkünfte unverzüglich und umfassend zu unterrichten – Aufrechterhaltung der Wirkungen des Beschlusses im Fall seiner Nichtigerklärung

[14.06.2016, Rs C-308/14, Kommission / Vereinigtes Königreich](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Koordinierung der Systeme** der sozialen Sicherheit – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 4 – **Gleichbehandlung beim Zugang** zu Leistungen der **sozialen Sicherheit** – **Aufenthaltsrecht** – Richtlinie 2004/38/EG – Nationale Regelung, die Kindergeld und die Steuergutschrift für Kinder den Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten, die sich nicht rechtmäßig im Inland aufhalten, verweigert

[14.06.2016, Rs C-361/14 P, Kommission / McBride ua](#)

Rechtsmittel – Maßnahmen zur **Erhaltung der Bestände** und zur **Umstrukturierung des Fischereisektors** – Anträge auf Erhöhung der Sicherheitstonnage – Nichtigerklärung der ursprünglichen ablehnenden Entscheidung durch die Unionsgerichte – Art 266 AEUV – **Aufhebung der Rechtsgrundlage**, auf der die ablehnende Entscheidung beruhte – Befugnis und Rechtsgrundlage für den Erlass neuer Beschlüsse – Nichtigerklärung der neuen ablehnenden Beschlüsse durch das Gericht – **Grundsatz der Rechtssicherheit**

[14.06.2016, Rs C-566/14 P, Marchiani / Parlament](#)

Rechtsmittel – Mitglied des Europäischen Parlaments – **Zulage** für **parlamentarische Assistenz** – **Rückforderung** zu viel gezahlter Beträge – Einziehung – Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Parlaments – Wahrung der Verteidigungsrechte – **Grundsatz der Unparteilichkeit** – Verjährung – Verordnung (EU, Euratom) Nr 966/2012 – Art 78 bis 81 – Delegierte Verordnung (EU) Nr 1268/2012 – Art 81, 82 und 93 – Grundsatz des Vertrauensschutzes – **Angemessene Zeitspanne**

[16.06.2016, Rs C-154/14 P, SKW Stahl-Metallurgie und SKW Stahl-Metallurgie Holding / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – (ex-)Art 81 EG – Märkte für Calciumcarbidpulver, Calciumcarbidgranulate und Magnesiumgranulate in einem erheblichen Teil des Europäischen Wirtschaftsraums – **Preisfestsetzung**, Marktaufteilung und Informationsaustausch – Verordnung (EG) Nr 773/2004 – Art 12 und 14 – **Anspruch auf rechtliches Gehör** – Anhörung in camera

[16.06.2016, Rs C-155/14 P, Evonik Degussa und AlzChem / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – (ex-)Art 81 EG – **Kartelle** – Märkte für Calciumcarbidpulver, Calciumcarbidgranulate und Magnesiumgranulate in einem erheblichen Teil des Europäischen Wirtschaftsraums – **Preisfestsetzung**, Marktaufteilung und Informationsaustausch – Verantwortlichkeit einer Muttergesellschaft für Zuwiderhandlungen ihrer Tochtergesellschaften gegen die Wettbewerbsregeln – **Bestimmender Einfluss der Muttergesellschaft** – Widerlegbare Vermutung bei einer Beteiligung von 100 % – Voraussetzung für die **Widerlegung dieser Vermutung** – **Missachtung einer ausdrücklichen Weisung**

[16.06.2016, Rs C-351/14, Rodríguez Sánchez](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2010/18/EU – Überarbeitete Rahmenvereinbarung, die von BUSINESSEUROPE, UEAPME, CEEP und EGB über den Elternurlaub geschlossen wurde – **Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben** – Rückkehr eines erwerbstätigen Genossenschaftsmitglieds aus dem Mutterschaftsurlaub – **Antrag auf Arbeitszeitreduzierung** und Änderung der Arbeitszeiten – Sachverhalt, der nicht in den Anwendungsbereich von Paragraph 6 Nr 1 der überarbeiteten Rahmenvereinbarung fällt – **Unzulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens**

[16.06.2016, Rs C-511/14, Pebros Servizi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 805/2004 – **Europäischer Vollstreckungstitel** für unbestrittene Forderungen – Art 3 Abs 1 Buchst b – Voraussetzungen für die Bestätigung – **Versäumnisurteil** – Begriff ‚**unbestrittene Forderung**‘ – Verhalten einer Partei im Verfahren, das als ‚Nichtbestreiten der Forderung‘ gelten kann

[16.06.2016, Rs C-12/15, Universal Music International Holding](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Besondere Zuständigkeiten – Art 5 Nr 3 – **Unerlaubte Handlung** oder Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – **Schädigendes Ereignis** – **Fahrlässigkeit des Rechtsanwalts** bei der Erstellung eines Vertrags – Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist

[16.06.2016, Rs C-96/15, Saint Louis Sucre](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Zucker – **Produktionsabgaben** – Anspruch auf Erstattung – Gelagerter, nicht ausgeführter Zucker – **Ungerechtfertigte Bereicherung** – Unternehmerische Freiheit – **Berechnungsmethode**

[16.06.2016, Rs C-159/15, Lesar](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 1 und Art 2 Abs 2 Buchst a – Art 6 Abs 2 – **Diskriminierung wegen des Alters** – Festsetzung der **Ruhegehaltsansprüche ehemaliger Beamter** – Lehr- und Beschäftigungszeiten – Nichtberücksichtigung solcher Zeiten, die vor Vollendung des 18. Lebensjahrs zurückgelegt wurden

[16.06.2016, Rs C-186/15, Kreissparkasse Wiedenbrück](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – **Vorsteuerabzug** – Art 173 Abs 1 – Gegenstände und Dienstleistungen, die sowohl für steuerbare als auch für steuerbefreite Umsätze verwendet werden (**gemischt genutzte Gegenstände und Dienstleistungen**) – Bestimmung der Höhe des Vorsteuerabzugs – **Pro-rata-Satz** des Vorsteuerabzugs – Art 174 – Berechnung des Pro-rata-Satzes des Vorsteuerabzugs unter Anwendung eines Umsatzschlüssels – Art 173 Abs 2 – Ausnahmeregelung – Art 175 – Regel zur Rundung des Pro-rata-Satzes des Vorsteuerabzugs – Art 184 und 185 – **Berichtigung der Vorsteuerabzüge**

[16.06.2016, Rs C-291/15, EURO 2004 Hungary](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Gemeinsamer Zolltarif – **Zollwert** – Zollwertermittlung – Transaktionswert – Tatsächlich gezahlter Preis – Begründete Zweifel an der **Richtigkeit des angemeldeten Preises** – Unter dem im Rahmen anderer Geschäfte **mit ähnlichen Waren gezahlten Preis** liegender angemeldeter Preis

B. SCHLUSSANTRÄGE

[14.06.2016, Rs C-231/15, Prezes Urzedu Komunikacji Elektronicznej und Petrotel \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Elektronische Kommunikationsnetze und –dienste – Richtlinie 2002/21/EG – Art 4 Abs 1 – Entscheidung der nationalen Regulierungsbehörden – Entscheidung einer **Streitigkeit zwischen Betreibern** – Wirkungen der **Aufhebung einer Entscheidung** der nationalen Regulierungsbehörde – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – **Tragweite der gerichtlichen Entscheidung**

[14.06.2016, Rs C-268/15, Ullens de Schooten \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Haftung des Staates** für die Verletzung von Unionsrecht – **Rein innerstaatlicher Sachverhalt** – (ex-)Art 43 EG (jetzt Art 49 AEUV) – Nationale Regelung, nach der Laboratorien für klinische Biologie nur von Personen betrieben werden dürfen, die zur Erbringung von Leistungen der klinischen Biologie befugt sind – Zulässigkeit

[14.04.2016, Rs C-432/15, Baštová \(GA Wahl\)](#)

Besteuerung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Begriff ‚gegen Entgelt erbrachte Dienstleistungen‘ – **Pferdereisen** – Geldpreise – **Vorsteuerabzug** für erhaltene Leistungen – **Betrieb eines Rennstalls** – Überlassung von Sportanlagen

[16.04.2016, Rs C-277/15, Servoprax \(GA Sharpston\)](#)

Richtlinie 98/79/EG über **In-vitro-Diagnostika** – Parallelvertrieb auf dem Binnenmarkt – **Aufkleber** auf der Umverpackung von Messgeräten zur Blutzuckerselbstkontrolle in **einer anderen Sprachfassung** als die Sprachfassung der Herstellerinformationen in der Kennzeichnung und in der Gebrauchsanweisung – Neues oder ergänzendes **Konformitätsbewertungsverfahren**

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

16.06.2016, Beschwerde Nr. [49176/11](#), *Versini-Campinchi und Crasnianski/ Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); keine Konventionswidrigkeit im Fall der **Aufzeichnung** und Transkription von **Telefongesprächen** zwischen den **bf Anwälten** und deren Klienten sowie die Verwendung des Materials in Disziplinarverfahren gegen die beiden Bf; Transkription aufgrund des Verdachts, dass Bf **selbst Straftaten begangen** hätten

14.06.2016, Beschwerde Nr. [35214/09](#), *Aldueger Tomás / Spanien*

Keine Verletzung von **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); Bf lebte mit seinem Lebenspartner bis zu dessen Tod in einer **homosexuellen** „eheähnlichen **Beziehung**“; **Verweigerung** einer **Witwerpension**, da das Eingehen einer homosexuellen Ehe gesetzlich erst drei Jahre nach dem Tod des Partners ermöglicht worden war, stellt keine ungerechtfertigte Diskriminierung dar

14.06.2016, Beschwerde Nr. [49304/09](#), *Biržietis / Litauen*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privatlebens); **absolutes Verbot** in **Gefängnissen**, einen **Bart wachsen** zu lassen, ohne hygienische, ästhetische oder andere Aspekte zu berücksichtigen, stellt einen **ungerechtfertigten** Eingriff in das Recht auf Privatleben dar

14.06.2016, Beschwerde Nr. [71148/10](#), *Philippou / Zypern*

Keine Verletzung von Art 1 1. ZP EMRK (Eigentumsfreiheit); Konventionskonformität des **automatischen Verlusts** des Anspruchs auf **Pensionszahlungen** infolge der **Kündigung** aus dem **öffentlichen Dienst** aufgrund von über 223 Strafanzeigen, die gegen den Bf eingebracht wurden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.